



Hausadresse:
Eberhardstraße 35
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 216 [REDACTED]
Telefax (0711) 216 [REDACTED]
e-mail [REDACTED]@stuttgart.de
Bearbeiter/in Frau R [REDACTED] Frau H [REDACTED]
GZ 32-21.2-3/2104-309/2010

Mit Zustellungsurkunde

Stuttgart, den 29. September 2010

**Öffentliche Versammlung mit Aufzug am 30. September 2010
in Stuttgart-Mitte ausgehend von der Lautenschlagerstraße
zum Thema „Lieber mehr Bildungsausgaben statt Prestigebahnhof“**

Ihre ursprüngliche Versamlungsanzeige vom 24. September 2010 per e-mail im Namen der Jugendoffensive gegen Stuttgart 21; Eingang der geänderten Versamlungsanzeige vom 28. September 2010

Sehr geehrte Frau,

von Ihrer oben genannten Versamlungsanzeige hat das Amt für öffentliche Ordnung Kenntnis genommen.

Als verantwortliche Leiterin der Veranstaltung sind Sie benannt (mobile telefonische Erreichbarkeit für die Polizei xxx).

Dieser Bescheid hat 5 Seiten. Das beigelegte Merkblatt für Versamlungen unter freiem Himmel und Aufzüge ist Bestandteil dieses Bescheids.

Für die Durchführung dieser Veranstaltung werden gemäß § 15 Abs. 1 und § 18 Abs. 2 des Gesetzes über Versamlungen und Aufzüge (Versamlungsgesetz - VersG -) in Verbindung mit § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) folgende

Auflagen erlassen und Genehmigungen erteilt:

- Der zeitliche und räumliche Verlauf der Veranstaltung ist wie folgt einzuhalten:

Öffentliche Versammlung Donnerstag, 30. September 2010

Aufbau-/ Abbauzeiten

09.00 – 10.00 Uhr	<u>Aufbau</u> der Versammlungsmittel in der Lautenschlagerstraße zwischen Arnulf-Klett- Platz und Kronenstraße in Stuttgart-Mitte (siehe beilie- genden Plan)
ab 11.00 Uhr	<u>Abbau</u> der Versammlungsmittel in der Lautenschlagerstraße zwischen Arnulf-Klett- Platz und Kronenstraße
11.00 – 12.00 Uhr	<u>Aufbau</u> der Versammlungsmittel im Mittleren Schlossgarten in Stuttgart-Mitte (siehe bei- liegenden Plan)
17.00 – 18.00 Uhr	<u>Abbau</u> der Versammlungsmittel im Mittleren Schlossgarten in Stuttgart-Mitte

Zeiten Kundgebungen/ Aufzug

10.00 – 11.00 Uhr	<u>Auftaktkundgebung</u> mit Transparenten, Flugblattverteilung, 1 Informations- tisch, 1 LKW mit Lautsprecheranlage und Megaphonen in der Lautenschlagerstraße zwischen Arnulf-Klett- Platz und Kronenstraße in Stuttgart-Mitte (genauer Versammlungsbereich siehe beiliegenden Plan)
11.00 – 11.10 Uhr	<u>Aufzug</u> mit Transparenten, Flugblattverteilung und Megapho- nen Lautenschlagerstraße, Kronenstraße, Friedrichstraße, Theodor-Heuss-Straße bis auf Höhe Gebäude Theo- dor-Heuss-Straße 2
11.10 – 11.20 Uhr	<u>Zwischenkundgebung</u> mit Transparenten, Flugblattverteilung und Megapho- nen vor dem Gebäude Theodor-Heuss-Straße 2 (IG Metall) in Stuttgart-Mitte
11.20 – 12.00 Uhr	<u>Aufzug</u> mit Transparenten, Flugblattverteilung und Megapho- nen Theodor-Heuss-Straße, Rotebühlplatz, Eberhardstra- ße, Torstraße, Hauptstätter Straße und Konrad- Adenauer-Straße (Fahrbahn in Fahrtrichtung), Geb- hard-Müller-Platz, Schillerstraße, über Zugang Lan- despavillon in den Mittlerer Schlossgarten
12.00 – 17.00 Uhr	<u>Abschlusskundgebung</u> mit Transparenten, Flugblattverteilung, 1 Informations-

tisch, 1 LKW mit Lautsprecheranlage und Megaphonen im Mittleren Schlossgarten in Stuttgart-Mitte (genauer Versammlungsbereich siehe beiliegenden Plan)

17.00 Uhr

Ende der Versammlung

- Je 50 Teilnehmern ist 1 Ordner einzusetzen. Bei den von Ihnen angemeldeten 1.000 Teilnehmern sind somit 20 Ordner einzusetzen.
 - Der jeweilige Versammlungsbereich ist einzuhalten.
Der Aufzug wird jeweils über die Fahrbahnseite in Fahrtrichtung geführt.
 - Das Aufstellen einer LKW-Bühne innerhalb des Versammlungsbereichs in der Lautenschlagerstraße und im Mittleren Schlossgarten in Stuttgart-Mitte wird für die Zeit der Auftakt- bzw. Abschlusskundgebung zugelassen (siehe beiliegenden Pläne).
 - Die Verwendung einer Lautsprecheranlage während der Auftaktkundgebung in der Lautenschlagerstraße in Stuttgart-Mitte wird zugelassen. Die Beschallung ist so einzustellen, dass lediglich der unmittelbare Versammlungsbereich beschallt wird, und hat in Richtung Theodor-Heuss-Straße zu erfolgen.
Ebenso wird die Verwendung von Megaphonen für Ordnerdurchsagen während des Aufzugs zugelassen. Auch hier darf jeweils lediglich der unmittelbare Versammlungsbereich beschallt werden.
- Das Aufstellen eines Informationstisches wird innerhalb der Versammlungsbereiche in der Lautenschlagerstraße und im Mittleren Schlossgarten Dauer der Kundgebungen zugelassen.
Die Versammlungsbereiche sind einzuhalten. Die Versammlungsmittel müssen insbesondere im Mittleren Schlossgarten innerhalb Ihres Versammlungsbereichs bleiben und dürfen nicht von Ihrer Versammlung entfernt aufgestellt werden.
 - Der LKW darf im Mittleren Schlossgarten nur auf befestigten Wegen und entsprechend dem beigefügten Plan platziert werden.
 - Bäume, Fahnenmasten, Laternen und ähnliche Gegenstände dürfen nicht zum Befestigen von Transparenten und Ähnlichem verwendet werden.
- Spektakuläre Aktionen wie z.B. das Anketten an Bäumen, die Kennzeichnung von Bäumen, das Befestigen von Bänderolen an Bäumen, das Besteigen oder Besetzen von Bäumen sind nicht zulässig.
- Die Zufahrten und Zugänge zu umliegenden Gebäuden sowie die angrenzenden Fahrbahnen sind während der Kundgebungen freizuhalten.
 - Während der Auftaktkundgebung in der Lautenschlagerstraße ist die Fahrbahn der Kronenstraße freizuhalten.
 - Bäume, Fahnenmasten, Laternen und ähnliche Gegenstände dürfen nicht zum Befestigen von Transparenten und Ähnlichem verwendet werden.
 - Feuergassen und Rettungswege sind freizuhalten.
 - Es ist jederzeit ungehinderter Fußgängerverkehr zu ermöglichen.
 - Nach der Versammlung sind alle verwendeten Versammlungsmittel zu beseitigen.
 - Die Versammlungsleiterin hat während des gesamten Verlaufs der Versammlung anwesend zu sein. Sie hat den Versammlungsbescheid mitzuführen. Ist die Versammlungsleiterin

rin verhindert, ist ein Stellvertreter zu benennen.

- Weisungen der Polizei sind zu befolgen.
- Im Übrigen kann die Veranstaltung entsprechend der Versammlungsanzeige durchgeführt werden.
- Die sofortige Vollziehung des vorstehenden Bescheides einschließlich der darin enthaltenen Verfügungen, Auflagen und sonstiger Nebenbestimmungen wird angeordnet.

Begründung

Für die Durchführung Ihrer Versammlung mussten die vorstehenden Bedingungen und Auflagen erlassen werden, um einen störungsfreien und reibungslosen Ablauf sicherzustellen.

Die erteilten Auflagen und Bedingungen sind zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Stuttgart-Mitte notwendig.

Die Stellung von Ordnern in ausreichender Zahl ist Voraussetzung für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung.

Das Einverständnis des Grundstückseigentümers (für die Abschlusskundgebung im Mittleren Schlossgarten) wurde nur unter den o.g. Bedingungen (LKW nur auf befestigten Wegen, keine Baumbesetzungen etc.) erteilt.

Die Beschallung durch die Lautsprecheranlage sowie durch die Megaphone ist so einzustellen, dass lediglich der unmittelbare Versammlungsbereich beschallt wird, und hat in der Lautenschlagerstraße Richtung Theodor-Heuss-Straße zu erfolgen, um insbesondere unzumutbare Lärmbelästigungen von den Anliegern fernzuhalten.

Die Zufahrten und Zugänge zu umliegenden Gebäuden sowie angrenzende Fahrbahnen sind während der Kundgebung freizuhalten und es ist jederzeit ungehinderter Fußgängerverkehr zu gewährleisten, um Passanten und Beschäftigte in ihrer Handlungsfreiheit nicht zu behindern und um die Sicherheit und Leichtigkeit des fließenden Verkehrs nicht zu beeinträchtigen.

Feuergassen und Rettungswege sind im Sinne des vorbeugenden Brandschutzes freizuhalten.

Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wurde gemäß § 80 VwGO im öffentlichen Interesse angeordnet, da die Versammlung bereits am 30. September 2010 stattfindet und mit der Durchsetzung der Auflagen deshalb nicht bis zum Ausgang eines eventuellen Rechtsstreites abgewartet werden kann. Die sofortige Vollziehung musste angeordnet werden, da Ihr Interesse, die Versammlung entsprechend Ihrer Anmeldung durchzuführen, trotz der hohen Bedeutung des Versammlungsrechts in der Rechtsordnung hinter dem besonderen öffentlichen Interesse zurückstehen muss, die Behinderungen für den Fußgängerverkehr so gering wie möglich zu halten und insbesondere im Evakuierungsfall die Benutzbarkeit des Nordausgangs des Bahnhofs zu gewährleisten. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aus Anlass der angemeldeten Versammlung kann deshalb auf die Anordnung der sofortigen Vollziehung nicht verzichtet werden.

Hinweise

Auf das Merkblatt "Hinweise für die Durchführung von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen" und die sich daraus ergebenden Pflichten wird ausdrücklich hingewiesen.

Flugblätter müssen den pressegesetzlichen Bestimmungen entsprechen, insbesondere muss ein Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes genannt werden.

Auf das Plakatierverbot nach § 5 Straßen- und Anlagen-Polizeiverordnung wird hingewiesen.

Sollten Sie Ihre Versammlung kurzfristig doch nicht durchführen, benachrichtigen Sie bitte rechtzeitig das Polizeirevier 2 Wolframstraße per Telefon unter (0711) 8990 3200, per Fax unter (0711) 8990 3209 oder per e-mail unter stuttgart-prev2@polizei.bwl.de.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Verwaltungsakt ist Widerspruch nach den §§ 68 ff. VwGO zulässig. Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Verwaltungsakts schriftlich oder zur Niederschrift beim Amt für öffentliche Ordnung der Landeshauptstadt Stuttgart (Anschrift siehe Briefkopf) zu erheben. Die Frist wird auch durch Einlegung des Widerspruchs beim Regierungspräsidium Stuttgart, Ruppmannstraße 21, 70565 Stuttgart, gewahrt.

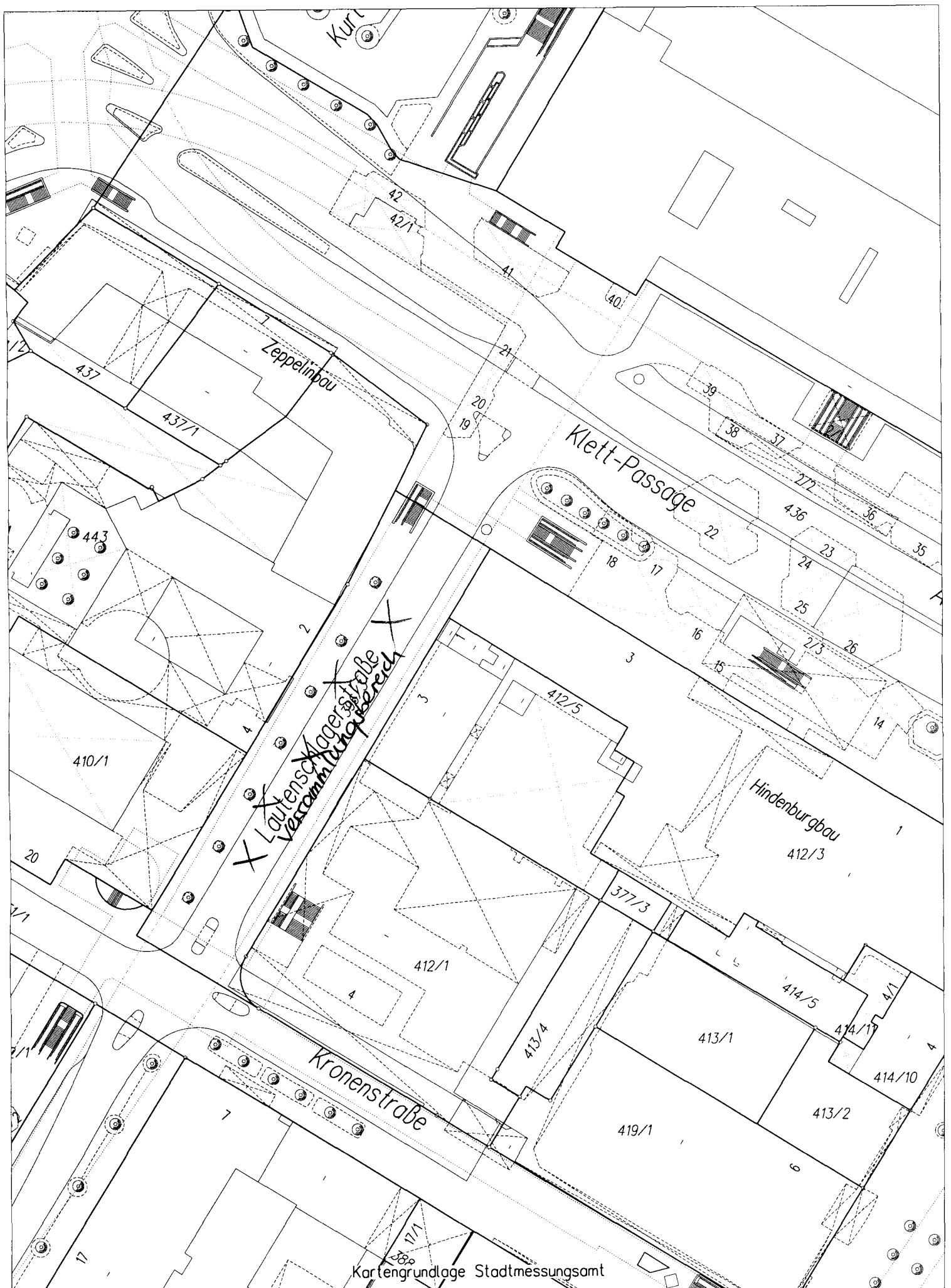
Das Verwaltungsgericht Stuttgart, Augustenstraße 5, 70178 Stuttgart, kann gemäß § 80 Abs. 5 VwGO auf Antrag die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen bzw. wiederherstellen. Der Antrag ist schon vor Erhebung der Anfechtungsklage zulässig.

Mit freundlichen Grüßen

Na 

Anlagen

- Plan Lautenschlagerstraße
- Plan Mittlerer Schlossgarten
- Plan Aufzugsstrecke
- Merkblatt





GZ: 32-21.2
Postfach 10 60 34
70049 Stuttgart

M e r k b l a t t

Hinweise für die Durchführung von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen

- 1 Veranstalter einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel oder eines Aufzuges haben dies spätestens 48 Stunden vor Bekanntgabe der für das Versammlungswesen zuständigen Behörde unter Angabe des Gegenstandes der Versammlung oder des Aufzuges anzumelden.

Zuständig ist in Stuttgart das Amt für öffentliche Ordnung, Eberhardstraße 35 (Schwabenzentrum), 70173 Stuttgart.

In der Anmeldung ist auch anzugeben, welche Personen für die Leitung der Versammlung oder Aufzuges verantwortlich ist. Nach geltendem Recht müssen derartige Versammlungen einen Versammlungsleiter haben.

- 2 Die Versammlungsbehörde kann die Versammlung oder den Aufzug verbieten oder von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzuges gefährdet ist.
- 3 Dem Leiter der Versammlung obliegen die in §§8 ff. des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge (VersG) genannten Rechte und Pflichten. Er hat ständig anwesend zu sein und während der Versammlung für Ordnung zu sorgen. Insbesondere ist er für die Durchsetzung der Auflagen verantwortlich.
- 4 Der verantwortliche Leiter hat den Versammlungsbescheid mitzuführen und auf Verlangen der Polizei vorzuweisen. Er hat für den ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung zu sorgen und ist dafür verantwortlich, dass die Angaben in der Versammlungsanmeldung über den zeitlichen und räumlichen Verlauf – gegebenenfalls in der durch Auflage geänderten Fassung – eingehalten werden. Er muss mit seinen Anweisungen jederzeit alle Teilnehmer der Veranstaltung erreichen können.

Ist der Versammlungsleiter verhindert, ist ein Stellvertreter zu benennen.

- 5 Vermag sich der verantwortliche Leiter nicht durchzusetzen, so ist er verpflichtet, den Aufzug für beendet zu erklären bzw. die Versammlung zu unterbrechen oder zu schließen. Kommt es zu Tätlichkeiten, die geeignet sind, den Versammlungsverlauf zu stören (vgl. §19 Abs.3 VersG), so hat der verantwortliche Leiter die Versammlung zu schließen bzw. den Aufzug für beendet zu erklären und die Teilnehmer aufzufordern, sich zu entfernen, zu zerstreuen und von weiteren, dann gesetzwidrigen Veranstaltungen abzusehen.
- 6 Der Leiter kann sich bei der Durchführung seiner Aufgaben der Hilfe einer angemessenen Zahl von Ordnern bedienen. Er ist verpflichtet, eine Genehmigung für die von ihm bestellten Ordner bei der Versammlungsbehörde zu beantragen. Diese kann die Zahl der Ordner angemessen beschränken.

- 7 Die Ordner müssen während der ganzen Dauer der Veranstaltung anwesend sein. Sie sind durch weiße Armbinden, die nur die Bezeichnung „Ordner“ tragen dürfen, kenntlich zu machen.

Ordner dürfen sich nicht aktiv (z.B. durch Tragen von Transparenten, Tanzen, usw.) an der Versammlung beteiligen.
- 8 Alle Versammlungsteilnehmer sind verpflichtet, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Anweisungen des Leiters oder der von ihm bestellten Ordner zu befolgen.
- 9 Polizeibeamten ist auf Verlangen ein angemessener Platz innerhalb der Versammlung einzuräumen.
- 10 Die Polizei kann eine Versammlung bzw. einen Aufzug auflösen, wenn von den Angaben der Anmeldung abgewichen oder den Auflagen zuwidergehandelt wird oder wenn die Voraussetzungen zu einem Versammlungsverbot gegeben sind. Sobald eine Versammlung bzw. ein Aufzug für aufgelöst erklärt ist, haben alle Teilnehmer sich sofort zu entfernen.
- 11 Die Polizei kann Teilnehmer, welche die Ordnung gröblich stören, von der Veranstaltung ausschließen. Wer ausgeschlossen wird, hat die Veranstaltung sofort zu verlassen.
- 12 Weisungen der Polizeibeamten sind zu befolgen.
- 13 Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind innerhalb des befriedeten Bannkreises des Landtags von Baden-Württemberg verboten (der Umfang des Bannkreises ist aus der unten dargestellten Lageplanskizze ersichtlich).
- 14 Es ist verboten, Waffen bei sich zu tragen. Diesem Verbot unterliegen nicht nur Waffen im waffenrechtlichen Sinne, wie Schuss-, Hieb- und Stichwaffen, sondern auch sonstige Gegenstände, die ihrer Art nach zur Verletzung von Personen oder zur Beschädigung von Sachen geeignet und bestimmt sind.

Ebenso ist es verboten, Waffen und die o.g. sonstigen Gegenstände auf dem Weg zu öffentlichen Versammlungen mit sich zu führen, zu derartigen Veranstaltungen hinzuschaffen oder sie zur Verwendung bei derartigen Veranstaltungen bereitzuhalten oder zu verteilen.
- 15 Es ist verboten, Uniformteile, Uniformen oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen.
- 16 Es ist verboten, an öffentlichen Versammlungen verumumt teilzunehmen oder sich in einer solchen Aufmachung dorthin zu begeben, und Schutzwaffen oder dazu geeignete Gegenstände (Schutzschilde, Helme usw.) mitzuführen. Ausnahmen erteilt das Amt für öffentliche Ordnung.
- 17 Die Aufschriften der mitgeführten Plakate, Transparente und Flugblätter dürfen nicht gegen die Strafgesetze, die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen.
- 18 Auf die Straf- und Ordnungswidrigkeitenbestimmungen, insbesondere auf die §§ 111, 125, 130 und 240 des Strafgesetzbuches (StGB) und die §§ 15 bis 29 VersG wird besonders hingewiesen.
- 19 Auf Flugblättern, die verteilt werden, sowie auf angeschlagenen Plakaten muss der Drucker, der Verleger, beim Selbstverlag der Verfasser und Herausgeber genannt werden (Impressum). Anzugeben sind Name und Anschrift.
- 20 Für Sammlungen ist die Erlaubnispflicht nach § 1 des Sammlungsgesetzes zu beachten.
- 21 Häuser, Wände, Straßenflächen oder sonstige Flächen dürfen weder mit Farbe noch mit sonstigen Mitteln beschriftet oder verunreinigt werden. Das Einschlagen von Verankerungen in den Straßenbelag ist unzulässig.

- 22 Für die anlässlich der Veranstaltung etwa entstandenen Schäden und sonstiger Kosten haften neben dem Verursacher unter Umständen auch der Veranstalter und der verantwortliche Leiter.
- 23 Ausnahmegenehmigungen für den Betrieb von Lautsprechern (Lautsprecherwagen, Megaphone usw.) erteilt das Amt für öffentliche Ordnung.
- 24 Straf- und Bußgeldvorschriften nach dem Versammlungsgesetz

Ordnungswidrig handelt wer:

an einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzug teilnimmt, deren Durchführung durch vollziehbares Verbot untersagt ist,

entgegen § 17a Abs. 2 Nr. 2 Versammlungsgesetz bei einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, einem Aufzug oder einer sonstigen öffentlichen Veranstaltung unter freiem Himmel oder auf dem Weg dorthin Gegenstände, die geeignet und den Umständen nach dazu bestimmt sind, die Feststellung der Identität zu verhindern, mit sich führt,

sich trotz Auflösung einer öffentlichen Versammlung oder eines Aufzuges durch die zuständige Behörde nicht unverzüglich entfernt,

als Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel oder eines Aufzuges einer vollziehbaren Auflage nach § 15 Abs. 1 Versammlungsgesetz nicht nachkommt,

trotz wiederholter Zurechtweisung durch den Leiter oder einen Ordner fortfährt, den Ablauf einer öffentlichen Versammlung oder eines Aufzuges zu stören,

sich nicht unverzüglich nach seiner Ausschließung aus einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzug entfernt,

der Aufforderung der Polizei, die Zahl der von ihm bestellten Ordner mitzuteilen, nicht nachkommt oder eine unrichtige Zahl mitteilt (§ 9 Abs. 2 Versammlungsgesetz),

als Leiter oder Veranstalter einer öffentlichen Versammlung oder eines Aufzuges eine größere Zahl von Ordnern verwendet, als die Polizei zugelassen oder genehmigt hat (§ 9 Abs. 2, § 18 Abs. 2 Versammlungsgesetz), oder Ordner verwendet, die anders gekennzeichnet sind, als es nach § 9 Abs. 1 Versammlungsgesetz zulässig ist, oder

als Leiter den in eine öffentliche Versammlung entsandten Polizeibeamten die Anwesenheit verweigert oder ihnen keinen angemessenen Platz einräumt,

wer an einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel oder an einem Aufzug innerhalb des befriedeten Bannkreises der Gesetzgebungsorgane des Bundes oder der Länder teilnimmt oder zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel oder zu einem Aufzug innerhalb des befriedeten Bannkreises der Gesetzgebungsorgane des Bundes oder der Länder auffordert.

Strafbar macht sich wer:

die Absicht hat, nicht verbotene Versammlungen oder Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder grobe Störungen verursacht,

bei einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzug dem Leiter oder einem Ordner in der rechtmäßigen Ausübung seiner Ordnungsbefugnisse mit Gewalt oder Drohung mit Gewalt Widerstand leistet oder ihn während der rechtmäßigen Ausübung seiner Ordnungsbefugnisse tätlich angreift,

öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften, Ton- oder Bildträgern, Abbildungen oder anderen Darstellungen zur Teilnahme an einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzug auffordert, nachdem die Durchführung durch ein vollziehbares Verbot untersagt oder die Auflösung angeordnet worden ist,

als Leiter einer öffentlichen Versammlung oder eines Aufzuges Ordner verwendet, die Waffen oder sonstige Gegenstände, die ihrer Art nach zur Verletzung von Personen oder Beschädigungen von Sachen geeignet und bestimmt sind, mit sich führen,

als Leiter einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel oder eines Aufzuges

1. die Versammlung oder den Aufzug wesentlich anders durchführt, als die Veranstalter bei der Anmeldung angegeben haben, oder
2. Auflagen nach § 15 Abs. 1 Versammlungsgesetz nicht nachkommt,

als Veranstalter oder Leiter

1. eine öffentliche Versammlung oder einen Aufzug trotz vollziehbaren Verbots durchführt oder trotz Auflösung oder Unterbrechung durch die Polizei fortsetzt oder
2. eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug ohne Anmeldung (§ 14 Versammlungsgesetz) durchführt,

bei öffentlichen Versammlungen oder Aufzügen Waffen oder sonstige Gegenstände, die ihrer Art nach zur Verletzung von Personen oder Beschädigung von Sachen geeignet und bestimmt sind, mit sich führt, ohne dazu behördlich ermächtigt zu sein,

ohne behördliche Ermächtigung Waffen oder sonstige Gegenstände im Sinne des vorhergehenden Absatzes auf dem Weg zu öffentlichen Versammlungen oder Aufzügen mit sich führt, zu derartigen Veranstaltungen hinschafft oder sie zur Verwendung bei derartigen Veranstaltungen bereithält oder verteilt,

Auskünfte erteilt auf Anfrage das Amt für öffentliche Ordnung der Landeshauptstadt Stuttgart (Telefon 2 16-51 83 oder – 31 38).

Bannmeile:

